

Die Hoffnung nähren



IW-Verbandsumfrage. Die Corona-Pandemie ist längst nicht vorbei, dennoch sieht die große Mehrheit der 48 vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Verbände für 2022 einen klaren, branchenübergreifenden Aufwärtstrend. Allerdings muss die Politik dafür die nötigen wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen schaffen – so IW-Direktor Michael Hüther im iwd-Interview. Nicht nur in der Pandemiebekämpfung sei ein stärker vorausschauender Kurs vonnöten, auch in der Klima- und Investitionspolitik brauche es neue, zukunftsgerichtete Impulse. —> [Seiten 2–6](#)

Staatsschulden

Das IW hat in drei Szenarien den Schuldenstand der Euro-Krisenstaaten bis 2041 fortgeschrieben. Die Ergebnisse sind wenig ermutigend.

—> [Seiten 10–11](#)

Inflation

Ein Anstieg der Verbraucherpreise trifft nicht alle Bevölkerungsgruppen in Deutschland gleichermaßen – entscheidend ist das jeweilige Konsummuster.

—> [Seiten 12–13](#)

Bessere Zeiten

IW-Verbandsumfrage. Trotz der fortdauernden Corona-Pandemie erwarten die deutschen Wirtschaftsverbände, dass es in ihren Mitgliedsunternehmen im Jahr 2022 aufwärtsgeht. In vielen Branchen sind auch zusätzliche Arbeitsplätze in Sicht.

Die Omikron-Variante und die Diskussionen darüber, wie die Politik in den kommenden Wochen darauf reagieren soll, überschatten den Jahreswechsel in Deutschland. Nichtsdestotrotz bewerten die Verbände, die das Institut der deutschen Wirtschaft zum Ende eines jeden Jahres befragt, die Lage relativ positiv – zumindest im Vergleich zur Situation von vor einem Jahr (Grafik):

Von den 48 befragten Wirtschaftsverbänden berichten 25 von einer besseren Geschäftssituation als zum Jahreswechsel 2020/2021, nur sechs sprechen von einer Verschlechterung.

Dabei ist das aktuelle Wirtschaftsumfeld neben den Risiken durch neue Virusmutationen auch durch die an vielen Stellen gestörten industriellen Produktionsprozesse infolge fehlender Vorleistungen geprägt (siehe iwd 25/2021 und Interview Seiten 4–6). Doch offenbar herrscht die Überzeugung vor, dass die Probleme im neuen Jahr besser in den Griff zu bekommen sind:

Insgesamt 39 Wirtschaftsverbände erwarten, dass ihre Unternehmen im Jahr 2022 mehr produzieren beziehungsweise einen höheren Umsatz erzielen werden als 2021 – kein einziger Verband geht von einem Abwärtstrend aus.

Vier Verbände rechnen sogar mit einer deutlich höheren Produktion als im abgelaufenen Jahr – dazu zählen die Industriesparten Maschinenbau sowie die Stahl- und Metallverarbeitung.

Die meist guten Produktionsperspektiven der Industrie sind vor allem damit zu erklären, dass die globale Investitionskonjunktur wieder anziehen dürfte, was vielen exportorientierten deutschen Unternehmen zugutekommt. Aber auch hierzulande dürften die Firmen wieder verstärkt investieren – immerhin die Hälfte der vom IW befragten Verbände geht für 2022 von einer höheren Investitionstätigkeit aus als in den vergangenen zwölf Monaten. Nur sechs Branchen haben ein Minus auf der Rechnung.

Vor diesem Hintergrund ist auch ein weiterer, wenngleich moderater Beschäftigungsaufbau zu erwarten:

21 von 48 Verbänden erwarten, dass ihre Mitgliedsunternehmen im neuen Jahr zusätzliche Mitarbeiter einstellen werden, einen Personalabbau befürchten nur acht Branchen.

Von einem Beschäftigungsplus gehen unter anderem die Pharmaunternehmen, die Elektroindustrie, die Bauwirtschaft, das Handwerk sowie die Informations- und Werbewirtschaft aus. Stellenkürzungen dürfte es dagegen beispielsweise im Finanzwesen geben.

IW-Report 47/2021

Michael Grömling: Klare Signale für Wachstum – Ergebnisse der IW-Verbands-umfrage 2021

iwkoeln.de/verbandsumfrage_2022

IW-Verbandsumfrage für 2022

Ergebnisse der Befragung von 48 deutschen Wirtschaftsverbänden

Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Ernährungsindustrie
27. Landwirtschaft
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Groß- und Außenhandel
33. Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Messewirtschaft
46. Werbewirtschaft
47. Immobilien
48. Privater Rundfunk und Telemedien

Insgesamt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Interview. Die Wirtschaftsverbände blicken trotz der Corona-Pandemie und Problemen mit den Lieferketten überwiegend optimistisch in die Zukunft. Damit die wirtschaftliche Erholung tatsächlich stattfinden kann, rät IW-Direktor **Michael Hüther** der neuen Bundesregierung, sich stärker um die Umsetzung von Politikzielen zu kümmern, als dies bislang der Fall war.

„Die alte Regierung hat der neuen eine ziemliche Herausforderung hinterlassen“

Der deutschen Wirtschaft wurden zur Bekämpfung der Corona-Pandemie viele Einschränkungen auferlegt, die von Unternehmen und Verbänden teils heftig kritisiert wurden – wie zuletzt die 2G-Regelung für die Gastronomie und den Einzelhandel. Wie sollten in den kommenden Monaten der Gesundheitsschutz und die wirtschaftliche Freiheit idealerweise ausbalanciert werden?

Nach zwei Jahren Pandemieerfahrung wissen wir, dass wir nicht sicher sein können vor Überraschungen – die Virusmutationen machen uns das gerade sehr deutlich. Es muss also einerseits darum gehen, den Gesundheitsschutz so gut wie möglich zu gewährleisten, andererseits aber gleichzeitig Wirtschaft und

Gesellschaft in einigermaßen normalen Bahnen fahren zu lassen.

Das kann nicht zu jeder Zeit im gleichen Maß gelingen: Je größer die Gefahr, desto restriktiver fallen die Maßnahmen aus. Wobei wir ja heute wissen, dass beispielsweise die Schulschließungen weitestgehend vermeidbar gewesen wären. Sie wären auch heute definitiv vermeidbar, wenn zwischenzeitlich vieles gemacht worden wäre, was Experten geraten haben, wie etwa die Anschaffung von Luftfiltern.

Auch dass wir in Deutschland nun so geringe Kapazitäten im Gesundheitswesen haben, hätte sich verhindern lassen: Dass man den Schwund an Pflegekräften einfach hingenommen hat, ist nicht verständlich – dafür muss man die Personalpolitik

in den Kliniken mitverantwortlich machen.

Wir müssen jetzt natürlich mit den Dingen leben, wie sie sind, zentral ist und bleibt die Impfkampagne. Im Grunde aber fährt die Pandemiopolitik immer noch auf Sicht, wenn gleichwohl keiner mehr das tun würde, was wir Mitte März 2020 machen mussten, also alles runterfahren und die Grenzen komplett dicht machen.

Ist denn die neue Bundesregierung mit Gesundheitsminister Karl Lauterbach und Wirtschaftsminister Robert Habeck da auf einem guten Weg?

Um das zu beurteilen, sind die beiden noch zu kurz im Amt. Was man aber feststellen muss, ist, dass die alte Regierung der neuen eine



Foto: Institut der deutschen Wirtschaft

ziemliche Herausforderung hinterlassen hat: Seit dem Frühsommer ist praktisch nichts mehr an Pandemievorsorge passiert – weder was das Boostern angeht, noch was die Entwicklung der medizinischen Kapazitäten betrifft.

War das dem Wahlkampf geschuldet oder ist das schlicht unprofessionell?

Ich bin wirklich entsetzt, was insbesondere im Gesundheitsministerium auch nach zwei Jahren Pandemie alles nicht vorangetrieben wurde. Man hätte strategisch eine ganze Menge angehen können: Die Impfstoffbeschaffung lag ja offensichtlich brach, das Management anderer Beschaffungen im Gesundheitswesen ebenso. Hinzu kommt die mangelhafte Steuerung der Kapa-

zitäten, die man im permanenten Gespräch mit den Krankenhausbetreibern hätte vornehmen können.

Woran es ebenso hapert, ist die Bereitstellung von Daten: Bis heute werden zum Beispiel keine Daten über Corona-Patienten auf Intensivstationen systematisch erhoben. Wenn man diese Daten hätte, könnte man zum Beispiel sehr viel zielgenauer die Lücken in der Impfkampagne schließen.

Was muss sich ändern?

Gut ist, dass das erste Kapitel des neuen Koalitionsvertrags „Moderner Staat und digitale Verwaltung“ heißt. Politik muss sich viel mehr um die Umsetzung ihrer Maßnahmen kümmern, als das bislang der Fall war. Ziele kann man schnell definieren, entscheidend sind aber die

Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns: Wir brauchen viele private Investitionen und wir brauchen dafür gute und schnelle Genehmigungsverfahren sowie eine exzellente Infrastruktur, damit all die Maßnahmen und Zielvorgaben wie etwa zum Klimaschutz auch erreicht werden können.

Viele Themen kann die Politik schnell angehen, wie beispielsweise die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren oder die sogenannten Superabschreibungen für transformationsrelevante Investitionen. Entsprechende steuerliche Abschreibungen, zum Beispiel für Investitionen in den Klimaschutz, können innerhalb von zwei Jahren

erfolgen und müssen nicht wie bei anderen Themen auf zehn Jahre gestreckt werden. Oder man lässt einen Abschreibungsbetrag zu, der über den Anschaffungs- und Herstellungskosten liegt.

Welche Impulse sollte der neue Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck 2022 setzen, damit die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft gelingt?

Erstens sollte die Treibhausgasreduktion über den CO₂-Preis konsistent vorantreiben und schlüssig ausgebaut werden – in allen Bereichen, so wie das jetzt in Deutschland für den Gebäudesektor und den Verkehr passiert, und darüber hinaus muss all das einheitlich auf europäischer Ebene etabliert werden. Wichtig ist dafür eine sektorübergreifende Bewertung.

Zweitens müssen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sich Investitionen der Unternehmen rasch lohnen, was zum einen an den bereits erwähnten Planungs- und Genehmigungsverfahren hängt. Zum anderen beeinflussen den Erfolg privaten Engagements alle öffentlichen Investitionen, mit denen beispielsweise die digitale Infrastruktur, das Verkehrsnetz und die Energie bereitgestellt werden. Allein die gesperrten Brücken in Deutschland, die ja ein Resultat vernachlässigter Investitionen sind, führen zu enormen Belastungen – nicht nur für die Verkehrsteilnehmer, sondern auch für die dort lebenden Menschen sowie die Umwelt.

Welche neue wirtschaftspolitische Belastung wäre ein No-Go?

Steuererhöhungen wären fatal, denn wir brauchen kapitalstarke Unternehmen, damit diese investieren können.

Und die Politik sollte die Alterung der Gesellschaft ernst nehmen. Leider wird im neuen Koalitionsvertrag so getan, als gäbe es dafür

keinen Handlungsbedarf in den nächsten vier Jahren. Tatsächlich aber ist es so, dass ab der Mitte des Jahrzehnts das Erwerbspersonenpotenzial schrumpft – und zwar erheblich. In dieser Hinsicht jetzt nicht zu handeln, ist fatal.

Inmitten der vierten Corona-Welle, erneuter Lockdowns in den Nachbarländern, Kontaktbeschränkungen bei uns und trotz Lieferengpässen erwarten rund 80 Prozent der deutschen Wirtschaftsverbände, die das IW vor Kurzem befragt hat, für das Jahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung. Woher kommt dieser Optimismus?

Auf der einen Seite darf man nicht vergessen, dass sich die deutsche Wirtschaft durch die schwache Entwicklung im Jahr 2021 immer noch unter dem Vorkrisenniveau befindet. Da gibt es also enormes Aufholpotenzial, zumal die Auftragsbücher historisch voll sind. Auf der anderen Seite gehen wir davon aus, dass sich die Lieferprobleme 2022 ein Stück weit normalisieren. Hinzu kommt, dass in dieser positiven Einschätzung der Wirtschaftsverbände natürlich auch die Erwartung steckt, dass die Lockdown-Politik des Frühjahrs 2020 nicht noch einmal nötig sein wird.

Sollte Deutschland unabhängiger von ausländischen Vorprodukten werden?

Vor Corona waren wir nicht zu abhängig, jetzt sind wir es vielleicht. Aber Lieferketten sortiert man nicht täglich neu. Wenn Deutschland nun etwa in die Halbleiterproduktion einsteigen würde, braucht es anderthalb bis zwei Jahre, bis die entsprechenden Produktionskapazitäten aufgebaut sind – und dann haben wir möglicherweise gar keinen Mangel mehr an Halbleitern, aber die Liefersicherheit hat sich natürlich erhöht.

Die Arbeitsteilung, die sich weltweit durch die globalen Wertschöpfungsketten ausgebildet hat, steht grundsätzlich immer auf dem Prüfstand. Aber auch das ist ein laufender Prozess des Prüfens und Abwägens. Grundsätzlich sollte über Global Sourcing die Produktion und Beschaffung einzelner Güter und Vorleistungen breiter aufgestellt werden. Das ist zwar bei Rohstoffen nicht so einfach, aber bei vielen Vorprodukten schon.

Die meisten Wirtschaftsverbände gehen davon aus, dass ihre Mitgliedsunternehmen 2022 zusätzliche Mitarbeiter einstellen werden. Sie selbst haben bereits den Fachkräftemangel angesprochen. Wie soll da ein Beschäftigungsaufschwung möglich sein?

Wir haben immer noch viele Arbeitslose, die man in Beschäftigung bringen kann. Aber es ist schon richtig: Anders als nach der Finanzkrise ist das Erwerbspersonenpotenzial sehr viel deutlicher ausgeschöpft. Wir können sicherlich das Fachkräfteeinwanderungsgesetz besser nutzen, aber damit sind auch Investitionen verbunden: Wenn ich mehr Menschen ins Land hole, muss ich auch mehr integrieren, dafür sind zusätzlicher Wohnraum und Bildungsangebote nötig.

Ich halte es aber für mindestens genauso wichtig, die Jahresarbeitszeit in Deutschland zu erhöhen. Im Schnitt arbeiten Erwerbstätige in der Bundesrepublik zwei Stunden in der Woche weniger als die Schweizer und eine Stunde weniger als die Schweden.

Wird es für die Unternehmen dann nicht noch schwieriger, neue Mitarbeiter zu finden?

Wenn die Arbeitssouveränität zunimmt, Menschen also viel öfter arbeiten können, wann und wo sie wollen, sind zwei Stunden Arbeit mehr pro Woche nicht das Thema.

Kartoffelsalat als Maß aller Dinge

Verbraucherpreisniveau. Der Big-Mac-Index vergleicht die weltweiten Preise des berühmten Hamburgers und damit das Preisniveau verschiedener Staaten. Das IW hat nun einen ähnlichen Index für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands entwickelt. Grundlage sind die Preise der Zutaten eines selbst gemachten Kartoffelsalats. Die Unterschiede, die der Index offenbart, sind deutlich.

Sag mir, wo du wohnst, und ich sag dir, was dich ein Kartoffelsalat kostet: Diesen Preis hat das Institut der deutschen Wirtschaft mithilfe regionaler Daten des Lebensmittelhändlers Rewe für alle 401 Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands berechnet. Das Ergebnis:

Der Preisunterschied zwischen verschiedenen Regionen für einen selbst gemachten Kartoffelsalat mit Bockwürsten für vier Personen liegt bei bis zu 25 Prozent.

Mit 6,24 Euro ist der Salat am teuersten, wenn man die Zutaten am Bodensee kauft (Grafik). In der zweitplatzierten Vulkaneifel schlägt das traditionsreiche Essen, das laut einer Befragung bei einem Drittel aller deutschen Haushalte an Heiligabend auf den Tisch kam, noch mit 5,87 Euro zu Buche.

Deutlich weniger kostet das Gericht dagegen in einigen ländlichen Gebieten im Westen der Republik und in vielen Regionen Ostdeutschlands. In Rostock, Cottbus oder Magdeburg beispielsweise summiert sich der Einkauf auf lediglich 5,05 Euro. Und auch Ex-Kanzlerin Merkel könnte in ihrer Heimat, der Uckermark, das Gericht entsprechend günstig zaubern.

Für die IW-Ökonomen sind die deutlichen Preisdifferenzen aus zwei Gründen nachvollziehbar und deuten auf eine funktionierende Preisfindung am Markt hin:

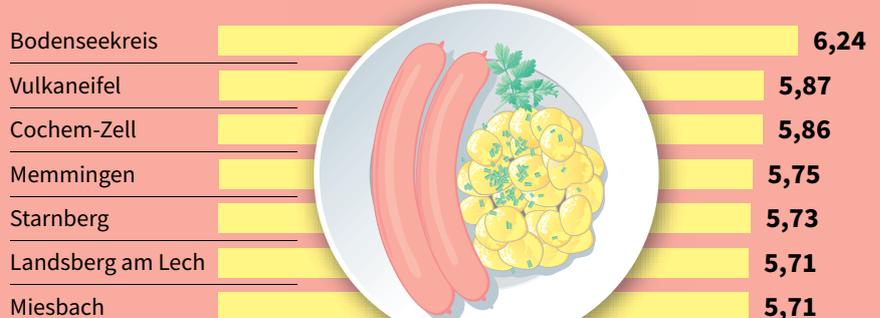
Kaufkraft. Im Schnitt verdienen Menschen in Ostdeutschland noch immer weniger als im Rest der Republik. Demzufolge ist auch ihre Kaufkraft geringer, worauf Anbieter mit entsprechend niedrigeren Preisen reagieren.

Kosten. Ladenmieten beispielsweise sind auf dem Land und in den Ost-Bundesländern niedriger als andernorts. Dadurch können Lebensmittelhändler trotz niedrigerer Preise für ihre Waren lukrativ wirtschaften.

Die Daten für alle Kreise und kreisfreien Städte hat das IW in einer interaktiven Karte verfügbar gemacht unter iwkoeln.de/kartoffelsalat-index

Wo Kartoffelsalat am meisten kostet

So viel Euro kostet ein selbst gemachter Kartoffelsalat mit Bockwürsten für vier Personen in diesem Landkreis oder in dieser kreisfreien Stadt



Vergleich aller 401 Landkreise und kreisfreien Städte auf Grundlage von Preisdaten des Lebensmitteleinzelhändlers Rewe im Jahr 2021

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

Reich durch Reichweite

Influencer-Marketing. Menschen, die mit Posts auf Social-Media-Kanälen ihren Lebensunterhalt verdienen, werden oft belächelt. Doch mittlerweile sind sie als Werbeträger aus der Marketingstrategie vieler Firmen weltweit nicht mehr wegzudenken. Auch in Deutschland entdecken Unternehmen das Potenzial der Influencer nach und nach für sich.

Spätestens nachdem Cristiano Ronaldo auf einer Pressekonferenz der Europameisterschaft 2021 durch das Beisetzstellen zweier Cola-Flaschen den Aktienkurs des weltbekannten Unternehmens einbrechen ließ, ist klar, wie stark bekannte Persönlichkeiten den Ruf und

dadurch die wirtschaftliche Situation einzelner Unternehmen beeinflussen können – im positiven wie im negativen Sinne.

Was im Falle von Coca-Cola für dessen Marktwert weniger erfreulich verlaufen ist, kann allerdings genauso gut in die andere Richtung wirken:

Man stelle sich vor, welches Kursfeuerwerk es für die Cola-Aktie womöglich gegeben hätte, hätte Ronaldo auf besagter Pressekonferenz das Kaltgetränk genüsslich getrunken oder es aktiv beworben, statt es wegzustellen. Der banale Grund: Menschen, die den Fußballprofi oder

Influencer: Milliarden schwerer Werbemarkt

So viele Milliarden Dollar haben Unternehmen weltweit für Werbung auf den Social-Media-Kanälen von Influencern ausgegeben



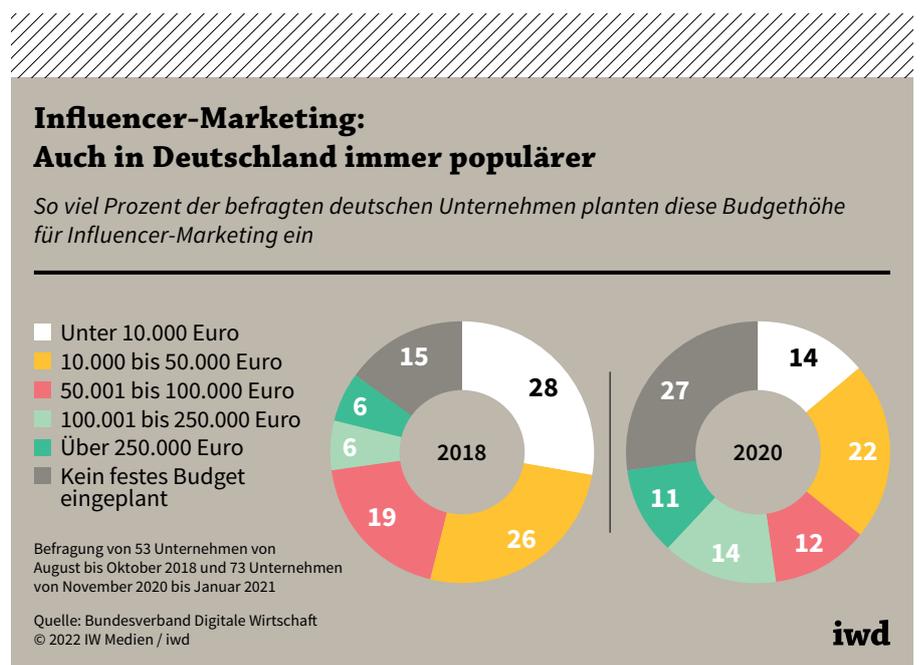
andere Influencer bewundern, lassen sich von deren Handlungen, Werten und Einstellungen beeinflussen. Bei einer Reichweite von 382 Millionen Followern auf Instagram sind das im Falle Ronaldos potenziell ziemlich viele.

Genau diese Reichweite machen sich Unternehmen weltweit zunutze, um den Bekanntheitsgrad ihrer Produkte zu steigern. Anders als herkömmliche Werbung wirken Empfehlungen von Influencern auf deren Follower wie ein freundschaftlicher Rat. Für die Unternehmen hinter dem Werbedeal heißt das: Kundenvertrauen vorprogrammiert. Den werbenden Influencern bringen die gesponsorten Posts indes gutes Geld ein. Und die stetig steigenden Ausgaben für Influencer-Kampagnen legen den Schluss nahe, dass sich die moderne Marketingstrategie auch für die Firmen rentiert (Grafik Seite 8):

Im Jahr 2021 gaben Unternehmen laut Influencer Marketing Hub weltweit mit fast 14 Milliarden Dollar mehr als doppelt so viel für Influencer-Marketing aus wie noch zwei Jahre zuvor.

Wie effektiv das Influencer-Marketing letzten Endes aber wirklich ist – wie viele Käufe am Jahresende also tatsächlich auf Influencer-Werbung zurückgehen –, ist schwer zu ermitteln. Allerdings zeigen Befragungen von Konsumenten, dass sich Menschen, wenn es darum geht, sich für oder gegen ein Produkt zu entscheiden, durchaus von ihren liebsten Content-Produzenten beeinflussen lassen. Dabei tun sich allerdings große Länderunterschiede auf. So lässt sich laut Statista Global Consumer Survey die brasilianische Bevölkerung bei ihrer Kaufentscheidung am häufigsten von prominenten Influencern beeinflussen.

Rund 43 Prozent der befragten Brasilianer geben an, Produkte allein deshalb gekauft zu haben,



weil sie von Influencern beworben wurden.

Dahinter folgen China und Indien mit 34 und 33 Prozent. Die deutschen Bundesbürger reagieren hingegen weniger stark auf Empfehlungen von Influencern. Nur etwa jeder Sechste wurde schon einmal aufgrund werbender Social-Media-Stars zu einem Kauf verleitet.

Trotz des noch vergleichsweise geringen Einflusses von Influencern auf deutsche Konsumenten verlieren auch hiesige Unternehmen ihre Vorbehalte gegen entsprechende Werbung (Grafik):

Während 2018 nur 12 Prozent der deutschen Unternehmen bereit waren, mehr als 100.000 Euro für Influencer-Marketing auszugeben, waren es 2020 bereits 25 Prozent.

Laut einer Umfrage des Bundesverbands Digitale Wirtschaft planten für das Jahr 2021 rund 45 Prozent der befragten Unternehmen, ihr Budget für Influencer-Marketing weiter zu erhöhen. Lediglich 4 Prozent wollten weniger Geld als 2020 investieren.

Generell maßen mehr als 70 Prozent der befragten Unternehmen

dieser Art des digitalen Marketings in der Corona-Pandemie eine höhere Bedeutung bei als davor.

Doch nicht nur die Nachfrage der Unternehmen nach werbenden Influencern wächst. Auch viele junge Menschen können sich mittlerweile vorstellen, ihr Geld über die sozialen Medien zu verdienen. Eine Umfrage von YouGov Deutschland unter den von 1997 bis 2010 Geborenen – auch bekannt als Generation Z – zeigt:

Fast ein Drittel der Generation Z ist nach eigenen Angaben schon Vollzeit-Influencer oder möchte es werden, 6 Prozent der Befragten verdienen 2021 so bereits ihren Lebensunterhalt.

Tatsächlich gibt es inzwischen Unternehmen, deren komplette Marketingstrategie auf Influencer-Marketing beruht – die Sportbekleidungsmarke Oceans Apart beispielsweise. Werbung im Fernsehen oder an Litfaßsäulen? Fehlangeige. Seit der Gründung des Labels 2018 setzt das Berliner Unternehmen gezielt auf die Zusammenarbeit mit Influencern und konnte seinen Umsatz im Jahr 2020 gegenüber 2018 bereits vervierfachen.

Die ewigen Sorgenkinder

Staatsschulden. Griechenland, Italien, Portugal und Spanien – vor zwölf Jahren gerieten die vier Mitglieder der Eurogruppe in Schieflage. Die Corona-Pandemie hat die Situation keineswegs verbessert und auch unsere französischen Nachbarn stehen alles andere als gut da. Das IW Köln hat drei Szenarien entwickelt, wie es mit der Staatsverschuldung in den südlichen Staaten der Währungsunion weitergehen könnte.

Durch die omnipräsente Pandemie vergisst man leicht, dass es ein Leben vor Corona gab. Und schon in jenen Zeiten existierten länderübergreifende Krisen. Zum Beispiel die der Europäischen Währungsunion ab 2010, bei der Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und Wirtschaftskrise zusammenkamen. Im Auge des Sturms damals: Griechenland, Spanien, Portugal und Italien.

Kurz vor Beginn der Corona-Pandemie war die Staatsverschuldung in diesen Ländern noch immer meilenweit von den Vorgaben der Europäischen Währungsunion, den Maastricht-Kriterien, entfernt. Sie besagen unter anderem, dass ein Staat mit maximal 60 Prozent seines

Bruttoinlandsprodukts in der Kreide stehen darf.

Die Pandemie hat die Lage weiter verschärft, schließlich mussten und müssen die Regierungen mit viel Geld die Folgen der Lockdowns und Kontaktbeschränkungen für Wirtschaft und Gesellschaft abfedern.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat nun untersucht, wie sich die Staatsfinanzen in diesen vier Staaten und in Frankreich in den beiden kommenden Jahrzehnten entwickeln könnten. Die Grundlage für drei IW-Szenarien bilden die Länderprognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die bis 2026 reichen und Teil des World Economic Outlook vom Oktober 2021 sind:

In **Szenario 1** wird angenommen, dass die Prognose des IWF auch für den Zeitraum von 2027 bis 2041 übernommen werden kann. Die vom Währungsfonds erwartete Erholung würde sich also mit Blick auf das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) und den Primärsaldo – das ist der jeweilige Staatshaushalt ohne Zinsausgaben – fortsetzen. Die Schuldzinsen würden auf dem gegenwärtigen Niveau verbleiben.

Szenario 2 schreibt die Entwicklung der vier Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019 für die Jahre 2027 bis 2041 fort. Das wäre tendenziell ein positives Szenario, da es in jenen vier Jahren in allen Staaten ein relativ stabiles Wirtschaftswachstum und

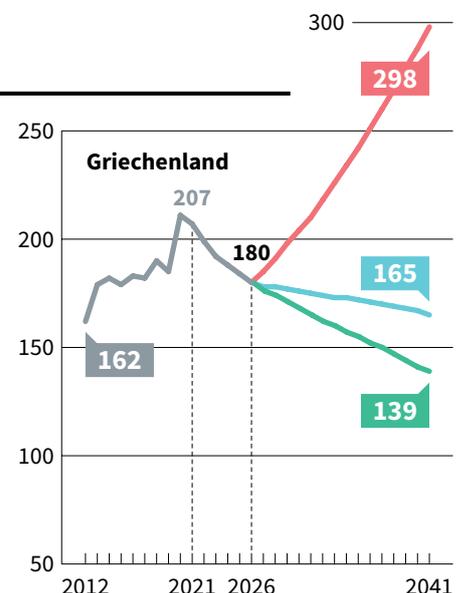
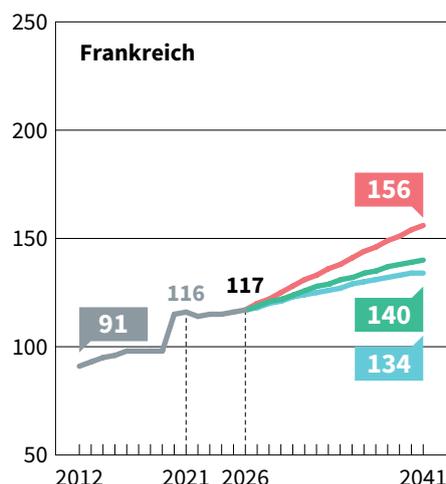
Staatsverschuldung in der EU: Kurven des Grauens

Schuldenstand in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Bis 2026 Werte gemäß Daten und Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF), danach drei IW-Szenarien:

- Szenario 1: Fortschreibung der IWF-Prognose für 2026
- Szenario 2: Fortschreibung der Entwicklung der Jahre 2016 bis 2019
- Szenario 3: Fortschreibung der Entwicklung der Jahre 2012 bis 2019 (Krisenszenario)

Quellen: EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd



sinkende Zinssätze auf die Staats-schulden gab. Einzig die Primärsalden entwickelten sich in diesem Zeitraum je nach Land unterschiedlich.

Das **Szenario 3** ist das pessimistischste: Es nutzt ab 2027 den Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2019 und umfasst dadurch eine Teilperiode der Euro-Schuldenkrise.

In allen drei IW-Szenarien werden außerdem die erwarteten Effekte der jeweiligen demografischen Entwicklung berücksichtigt. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Frankreich. Von 2012 bis 2019 stieg die Staatsverschuldung um 7 Prozentpunkte auf 98 Prozent des BIP an. Zum Vergleich: Deutschland konnte seine Schulden im gleichen Zeitraum um 22 Prozentpunkte auf 59 Prozent des BIP drücken. Da verwundern die Aussichten für Frankreich nicht (Grafik):

In allen drei IW-Szenarien legt die Schuldenquote Frankreichs bis ins Jahr 2041 weiter zu.

Im Wesentlichen rührt das daher, dass der französische Staat voraussichtlich mehr ausgeben wird, als er aufgrund des BIP-Wachstums an zusätzlichen Steuereinnahmen erwarten kann. Die demografische Entwicklung fällt in Frankreich indes weniger stark ins Gewicht als in den anderen Staaten, da sich der Anteil

der über 64-Jährigen nicht so stark erhöhen wird.

Griechenland. Der hellenischen Republik könnte es gelingen, ihre Schuldenquote bis 2041 deutlich zu reduzieren – nur in Szenario 3 würde die Quote weiter steigen.

Im Kontrast zu Frankreich hat Griechenland allerdings ein bedeutendes Demografieproblem, das die Zukunftsbilanz verhegelt. Auf der anderen Seite kommt dem Land zugute, dass es relativ niedrige Zinsen für seine hohen Staatsschulden zu zahlen hat.

Italien. Neben Frankreich ist Italien das zweite Gründungsmitglied der EU, das Teil der IW-Studie ist. Und seine Aussichten sind ähnlich schlecht:

Anders als Frankreich dürfte Italien in zwei der drei Szenarien zwar einen Primärüberschuss erzielen. Da das Land aber höhere Schuldzinsen zahlen muss, das BIP nur schwach wächst und die Bevölkerung merklich altert, steigt die Schuldenquote in jedem Fall weiter.

Portugal. In zwei der drei Szenarien läge die Schuldenquote in Portugal 2041 deutlich unter der aktuellen. Im besten Fall – Szenario 2 – wäre das Land dann nur noch mit 74 Prozent seines BIP verschuldet. In die Karten

würde Portugal dabei spielen, dass der Staat einen Primärüberschuss erzielen und das BIP voraussichtlich deutlich zulegen könnte.

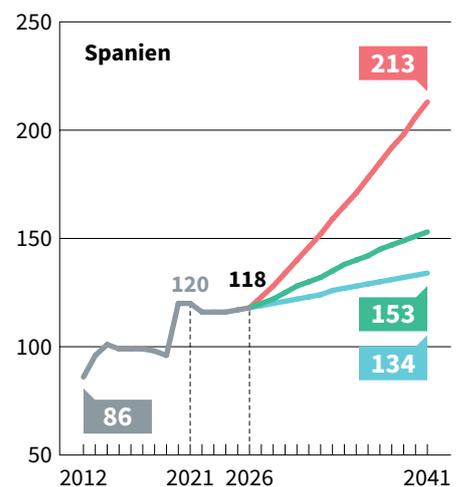
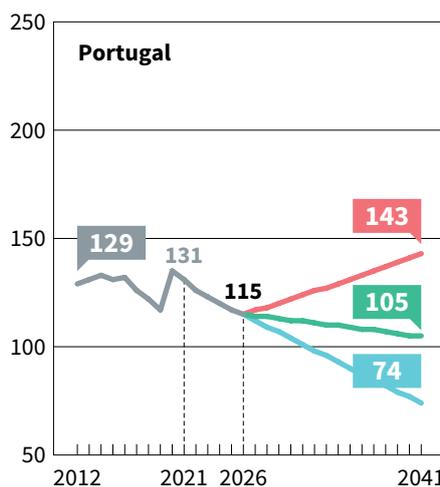
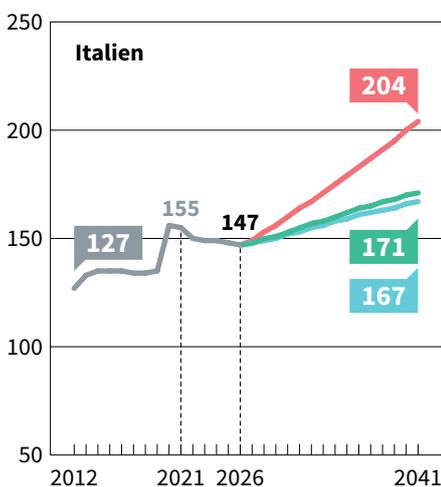
Spanien. Selbst im besten Fall steigt die Staatsverschuldung in Spanien weiter, schlimmstenfalls würde sie sich gegenüber 2019 sogar mehr als verdoppeln. Denn dem spanischen Staat wird es voraussichtlich nicht gelingen, einen positiven Primärsaldo zu erzielen – er nimmt also auch ohne seine Zinsverpflichtungen weiterhin weniger ein, als er ausgibt.

Insgesamt zeigt der Blick auf die fünf südlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion, dass es keinem Land auf absehbare Zeit gelingen wird, den Schuldenstand auf weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken – ganz egal, wie positiv sich verschiedene Indikatoren entwickeln.

Dennoch sind Fiskalregeln wie die Maastricht-Kriterien laut IW wichtig, da die Verschuldung der Mitgliedsstaaten bei schwächeren Regeln vermutlich noch höher wäre.

Aus IW-Trends 4/2021

Björn Kauder: Wie entwickeln sich die Staatsschulden in den südlichen EU-Mitgliedsstaaten? iwkoeln.de/staatsschulden



Der Warenkorb-Faktor

Inflation. Wenn die Verbraucherpreise steigen, trifft das nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. So ist die Inflationsrate der Haushalte mit einem geringen Einkommen längerfristig betrachtet höher als in den reicheren Haushalten. Ein Grund dafür ist, dass die verschiedenen Haushaltstypen unterschiedliche Konsummuster haben. Dabei ist der Einfluss einer bestimmten Gütergruppe besonders groß.

Der Kassenzettel im Supermarkt oder die Abrechnung des Energieversorgers zeigen: Die Preise in Deutschland steigen so stark wie lange nicht. Darüber ärgern sich wohl alle Bundesbürger. Doch trifft eine höhere Inflationsrate wirklich jeden Haushalt gleichermaßen? Dieser Frage ist das Institut der deutschen Wirtschaft nachgegangen und hat die Inflationsraten für verschiedene Haushaltstypen seit Mitte der 1990er Jahre anhand zentraler Unterscheidungsmerkmale untersucht:

- **Einkommen.** Teilt man die Konsumgüter danach auf, ob sie sich in den vergangenen Jahren stärker, gleichermaßen oder weniger verteuert haben, zeigt sich für die Haushalte eine sich mit dem Einkommen deutlich verändernde Konsumstruktur: Je reicher der Haushalt, desto größer ist der Anteil jener Waren und Dienstleistungen am Gesamtkonsum, deren Preise unterdurchschnittlich gestiegen sind.

Die Inflationsrate der wohlhabenderen Haushalte müsste demnach tendenziell niedriger sein als jene der Haushalte mit niedrigeren Einkommen. Und tatsächlich (Grafik):

In einem durchschnittlichen Fünfjahreszeitraum zwischen 1995 und 2021 betrug die Inflationsrate für Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro 6,6 Prozent –

die Preise des typischen Warenkorbs der Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 5.000 Euro netto pro Monat stiegen dagegen nur um 5,5 Prozent.

Schaut man auf die Beiträge der einzelnen Gütergruppen zur jeweiligen Teuerungsrate, wird auch klar, warum das so ist. Zum einen sinkt etwa mit zunehmendem Einkommen der Anteil der Nahrungsmittel am gesamten Konsum eines Haushalts. Lebensmittel gehören jedoch zu jenen Gütern, die sich im betrachteten Gesamtzeitraum überdurchschnittlich stark verteuert haben.

Zum anderen geben Haushalte einen umso größeren Anteil ihres Budgets für Elektronikprodukte wie Fernseher, Computer und Handys aus, je höher ihr Einkommen ist. Diese Güter sind seit Mitte der 1990er Jahre deutlich günstiger geworden, wenn man die enorme Qualitätsentwicklung herausrechnet:

Der Preisindex für Informationsverarbeitungsgeräte ist laut Statistischem Bundesamt seit 1995 von 1.085 auf 89 gefallen – ein Rückgang um 92 Prozent.

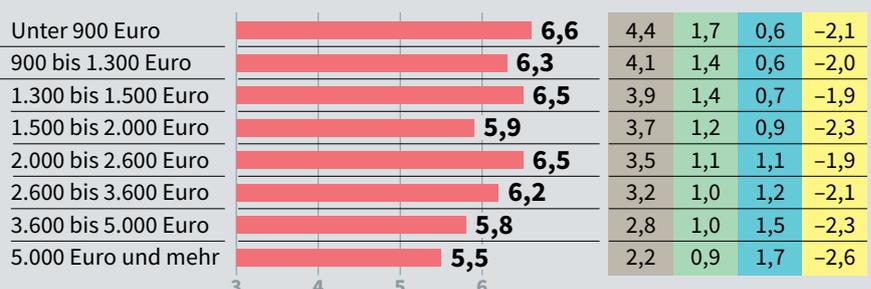
Von dieser qualitätsbereinigten Preissenkung profitieren aufgrund

Inflation: Für die Ärmsten am höchsten

So hoch war für Haushalte in Deutschland mit diesem monatlichen Nettoeinkommen die Veränderung der Lebenshaltungskosten in einem durchschnittlichen Fünfjahreszeitraum zwischen Januar 1995 und August 2021 in Prozent

Beiträge ausgewählter Gütergruppen zur Gesamtinflation in Prozentpunkten

■ Miete, Strom und Brennstoffe ■ Nahrungsmittel ■ Reisen und Gaststätten
■ Post, Telekommunikation, Informationstechnologie



Negative Beiträge: Güter sind im Schnitt qualitätsbereinigt billiger geworden

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

der unterschiedlichen Konsummuster die reicheren Haushalte wesentlich stärker als die ärmeren.

• **Alter.** Der gleiche Effekt prägt auch die Inflationsunterschiede in den Haushalten, wenn man diese nach dem Alter des Hauptverdieners gruppiert. Denn es sind vor allem die Jungen, die Produkte der Unterhaltungselektronik und Informationstechnologie stark nachfragen, während Ältere sich in der Regel nicht so stark für die neuesten Smartphones, Fernseher oder Spielekonsolen interessieren.

Dagegen spielen für die Haushalte mit zunehmendem Alter ihrer Bewohner jene Waren und Dienstleistungen eine immer größere Rolle, die sich um das Thema Gesundheit drehen. Deren Preise wiederum sind in den zurückliegenden zweieinhalb Jahrzehnten mit jahresdurchschnittlich 1,9 Prozent verhältnismäßig stark gestiegen.

Unterm Strich führen diese unterschiedlichen Konsumgewohnheiten dazu, dass die älteren Jahrgänge seit 1995 erheblich stärker mit dem Thema Inflation konfrontiert waren als ihre Kinder und Enkel:

Für Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter zwischen 18 und 24 Jahren stiegen die Preise für einen typischen Warenkorb innerhalb von fünf Jahren um 3,6 Prozent – bei den über 80-Jährigen belief sich die Teuerungsrate dagegen auf 8,3 Prozent.

Die Haushalte in Deutschland lassen sich noch anhand weiterer Kriterien auf Inflationsunterschiede hin untersuchen. Gruppiert man die Haushalte zum Beispiel nach ihrer Teilhabe am Arbeitsmarkt, zeigt sich, dass Angestellte im analysierten Zeitraum im Schnitt weniger stark von der Inflation betroffen waren als Rentner. Hierfür ist wiederum nicht zuletzt das unterschiedliche Gewicht

Inflation: Wer langfristig am stärksten betroffen ist

Veränderung der Verbraucherpreise in Deutschland von Januar 1995 bis August 2021 für diese Haushalte in Prozent

Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	Unter 900 Euro	33,9
	2.000 bis 2.600 Euro	33,5
	5.000 Euro und mehr	28,0
Alter des Haupteinkommensbezieher	18 bis 24 Jahre	18,7
	45 bis 54 Jahre	27,4
	80 Jahre und älter	42,6
Beteiligung am Arbeitsmarkt	Selbstständig	32,8
	Angestellte	27,5
	Arbeitslose	28,3
	Rentner	37,9
Haushaltstyp	Männliche Singles	31,3
	Weibliche Singles	37,2
	Alleinerziehende	35,7
	Paare ohne Kinder	36,3
	Paare mit Kindern	33,7

Haushalte: unterstellt wird jeweils ein im Zeitablauf stabiles typisches Konsummuster für die einzelnen Haushaltgruppen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

der Kommunikations- und Unterhaltungselektronik am jeweiligen Warenkorb ausschlaggebend. Dabei dürfte sich auch niederschlagen, dass zwischen der Arbeitsmarktpartizipation und dem Einkommen sowie dem Alter ein enger Zusammenhang besteht.

Insgesamt mögen die Unterschiede zwischen den Preiserhöhungen, mit denen die einzelnen Haushaltstypen innerhalb von fünf Jahren zurechtkommen mussten, nicht allzu gravierend wirken. Längerfristig sind die Differenzen aber zum Teil doch erheblich (Grafik):

Während Haushalte mit einem Konsummuster von 18- bis 24-Jährigen seit 1995 für ihren Warenkorb nur knapp 19 Prozent mehr ausgeben mussten, betrug die Teuerung für Haushalte mit der typischen Konsumstruktur von über 80-Jährigen fast 43 Prozent.

Und in den Haushalten mit den höchsten Einkommen war die gesamte Preissteigerung seit 1995

mit 28 Prozent um fast 6 Prozentpunkte geringer als in den Haushalten mit den niedrigsten Einkommen.

Was bedeutet dies nun für die Politik? Eine Steuerung individueller Inflationsraten durch die Geldpolitik ist keine Option. Generell ließen sich die negativen Effekte der Inflation auf die Haushalte aber dadurch abmildern, dass die sogenannte kalte Progression – nominale Einkommenssteigerungen werden mit einem höheren Steuersatz „bestraft“, sodass real weniger Einkommen für den Konsum verfügbar ist – im Einkommensteuertarif reduziert oder abgeschafft würde. Dazu müssten die Bemessungsgrenzen im Tarif konsequent an die Inflation angepasst werden.

IW-Report 46/2021

Markus Demary, Cornelius Kruse, Jonas Zdrzalek: Welche Inflationsunterschiede bestehen in der Bevölkerung?
iwkoeln.de/inflationsunterschiede

Chance oder Sackgasse?

Niedriglohnbeschäftigung. Rund jeder fünfte abhängig Beschäftigte in Deutschland ist Geringverdiener. Doch einem nicht unerheblichen Teil gelingt der Aufstieg in eine besser bezahlte Tätigkeit, wie eine neue IW-Studie zeigt.

Führt die Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor in eine Sackgasse? Oder ist sie vielmehr eine Chance für den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt? Diese Fragen hat das IW mithilfe von Daten des Sozio-oekonomischen Panels untersucht, das detaillierte Angaben zu Löhnen, persönlichen Merkmalen und zum Haushaltskontext von rund

30.000 Personen enthält und regelmäßig aktualisiert wird.

In Deutschland arbeiten knapp 21 Prozent der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Als Niedriglohn wird üblicherweise ein Bruttostundenlohn bezeichnet, der weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns beträgt. Das Einkommen von Niedriglohnbeschäftigten

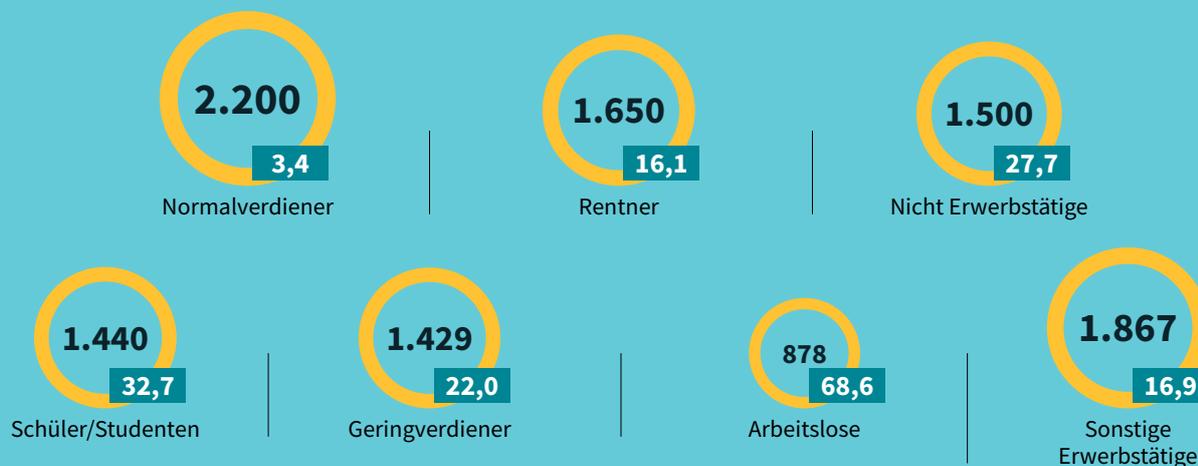
ist also deutlich niedriger als das von Normalverdienern (Grafik):

Das mit der Haushaltsgröße gewichtete mittlere Haushaltsnettoeinkommen von Geringverdienern betrug im Jahr 2019 im Schnitt monatlich 1.429 Euro – rund 770 Euro weniger als bei Normalverdienern und sogar 11 Euro weniger als bei Studenten.

Wer wie viel verdient

Monatliches Einkommen im Jahr 2019 in Euro

■ Median des Nettoäquivalenzeinkommens ■ Armutsgefährdungsquote in Prozent



Nettoäquivalenzeinkommen: mit der Haushaltsgröße gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen einschließlich Transfers im Monat der Befragung; Median: Eine Hälfte der Einkommensbezieher verdient weniger, die andere mehr; Armutsgefährdungsquote: Anteil derjenigen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens; sonstige Erwerbstätige: Selbstständige, Auszubildende, 1-Euro-Jobber, Arbeitnehmer ohne Information zum Lohn

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Allerdings arbeiten die meisten Geringverdiener auch mit einem reduzierten Wochenpensum: In der Gruppe der geringfügig Beschäftigten beträgt der Anteil der Niedriglohnbezieher 70 Prozent, von den Teilzeitbeschäftigten sind 26 Prozent Geringverdiener und von jenen, die Vollzeit arbeiten, nur 13 Prozent.

Auch ist für eine Beschäftigung im Niedriglohnsektor in der Regel keine höherwertige Qualifikation vonnöten. Von den Beschäftigten, die nach eigenen Angaben keine Berufsausbildung zur Ausübung ihrer Tätigkeit benötigen, arbeiten 47 Prozent im Niedriglohnsektor. Zum Vergleich: Von denen, die für ihren Job eine abgeschlossene Berufsausbildung brauchen, arbeiten nur 16 Prozent im Niedriglohnsektor; und bei Tätigkeiten, die einen Hochschulabschluss erfordern, bekommen nur 3 Prozent der Beschäftigten einen Niedriglohn.

Doch viel wichtiger als die Frage, wer als Niedriglohnpfänger zählt, ist es, wie häufig es entsprechenden Arbeitnehmern gelingt, in eine besser bezahlte Beschäftigung zu wechseln.

Die Antwort lautet: gar nicht so selten. Das zeigt eine Betrachtung für den Zeitraum 2011 bis 2019. Zwar hatten 58 Prozent der Geringverdiener nach einem Jahr noch diesen Erwerbsstatus, doch immerhin stieg knapp ein Viertel in das Segment der Normalverdiener auf – entweder durch einen Stellenwechsel oder weil sie auf der bestehenden Stelle mehr Lohn bekamen. Nach fünf Jahren waren von allen ursprünglichen Geringverdienern lediglich noch 38 Prozent im Niedriglohnsektor

Niedriglohnbeschäftigte: Den meisten gelingt der Aufstieg

Von 100 neu in den Niedriglohnsektor eingetretenen Beschäftigten waren so viele Personen nach ... in diesem Verdienstsegment beziehungsweise hatten diesen Status

	... einem Jahr	... zwei Jahren	... drei Jahren	... vier Jahren	... fünf Jahren
Geringverdiener	45	38	36	33	27
Normalverdiener	31	35	36	40	42
Nicht Erwerbstätige	3	5	5	4	6
Arbeitslose	6	6	6	6	5

Zeitraum: 2011 bis 2019
 Rest zu 100: sonstige Erwerbstätige (Selbstständige, Auszubildende, 1-Euro-Jobber, Arbeitnehmer ohne Information zum Lohn), Schüler/Studenten, Rentner

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd



beschäftigt und 36 Prozent hatten den Sprung in den Normalverdienst geschafft.

Noch besser sind die Perspektiven jener Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt neu im Niedriglohnsektor arbeiteten (Grafik):

Von den im Jahr 2011 neuen Geringverdienern bezogen im darauffolgenden Jahr bereits 31 Prozent ein Arbeitseinkommen oberhalb der Niedriglohngrenze, nach fünf Jahren betrug dieser Anteil sogar 42 Prozent.

Doch der Aufstieg gelang auch hier nicht allen: Nach einem Jahr waren noch 45 Prozent der neu in den Niedriglohnsektor Eingetretenen weiterhin Geringverdiener. Nach fünf Jahren waren von ihnen allerdings nur 27 Prozent immer noch oder erneut im Niedriglohnsektor beschäftigt. Mit 10 Prozent war am Ende des Beobachtungszeitraums ein nicht unerheblicher Teil der am Anfang der Beobachtung neuen Niedriglohnbeschäftigten in Rente

gegangen und 5 Prozent waren nach fünf Jahren arbeitslos.

Mit der Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor ist also die Chance auf einen besser entlohnten Job und damit auf sozialen Aufstieg verbunden. Hinzu kommt, dass Geringverdiener weit weniger von Armut bedroht sind als Arbeitslose: Für Geringverdiener beträgt die sogenannte Armutsgefährdungsquote 22 Prozent, für Arbeitslose dagegen 69 Prozent. Die Quote weist aus, wie viel Prozent einer Gruppe mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen müssen.

Für Arbeitssuchende ist damit die Aufnahme einer Niedriglohnbeschäftigung in der Regel besser, als diesen Schritt nicht zu gehen.

Aus IW-Trends 4/2021

Holger Schäfer: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland
iwkoeln.de/niedriglohn

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



Bis zu **1.500 Euro**

sollen Studienanfänger aus Familien mit geringem Einkommen künftig als Starthilfe erhalten, um damit einen Laptop oder andere für den Studienbeginn wichtige Anschaffungen zu tätigen. Das Starthilfepaket ist Teil einer umfassenden Bafög-Reform, die die neue Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) Ende Dezember angekündigt hat.

Um die Zahl der Bafög-Bezieher zu erhöhen – seit 2012 ist sie kontinuierlich gesunken und zuletzt erhielten nur noch 465.000 Studenten Unterstützung –, sollen die Fördersätze und Freibeträge steigen. Außerdem ist eine Verlängerung der Bafög-Förderzeiten geplant sowie ein leichter Wechsel der Studienfächer. Auch die Altersgrenzen sollen angehoben werden – bislang ist nur bezugsberechtig, wer jünger als 35 Jahre ist und in Vollzeit studiert.

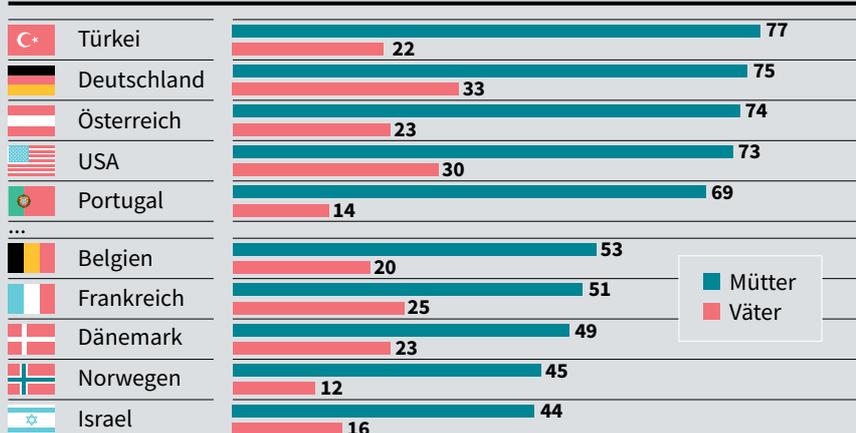
In einem zweiten späteren Schritt soll das Bafög unabhängiger vom Elterneinkommen gestaltet werden. Außerdem soll es ab dem Wintersemester 2022/23 einen sogenannten Notfallmechanismus geben, der beispielsweise Einnahmen ausgleicht, wenn diese plötzlich unverschuldet wegfallen. Während der zurückliegenden Lockdowns hatten viele Studenten erhebliche Einkommenseinbußen verkraften müssen, weil sie beispielsweise ihren Jobs in der Gastronomie nicht mehr nachgehen konnten.

Top-Liste: Müttersache, Vatersache

In erster Linie haben Frauen und insbesondere Mütter die zusätzlichen Alltagslasten während der Corona-Pandemie geschultert – das bestätigt nun eine Umfrage der OECD: In allen Ländern der Welt sind es vor allem die Mütter gewesen, die nach eigener Aussage die überwiegende oder komplette Kinderbetreuung während der Schul- und Kitaschließungen im Jahr 2020 gewuppt haben. Zwar gibt es auch Väter, die für sich reklamieren, sich in der Pandemie stärker als ihre Partnerin um den Nachwuchs gekümmert zu haben. Doch in jedem Land liegt ihr Anteil deutlich unter jenem der Mütter. Das größte Väterengagement gibt es übrigens in den Niederlanden: Bei unseren Nachbarn geben 42 Prozent der männlichen Elternteile an, dass sie die zusätzliche Fürsorgearbeit für die Kinder übernommen haben. Doch auch dort sind die althergebrachten Geschlechterrollen noch nicht überwunden – denn dasselbe sagen 57 Prozent der niederländischen Mütter von sich.

Fürsorgearbeit: Die Corona-Last der Mütter

So viel Prozent der Elternteile sagen, dass sie die komplette oder überwiegende zusätzliche Kinderbetreuung während der Schul- und Kitaschließungen im Jahr 2020 übernommen haben



Eltern: mit mindestens einem Kind unter zwölf Jahren

Quelle: OECD

© 2022 IW Medien / iwd

iwd